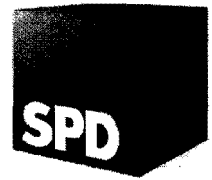




SPD-Stadtratsfraktion
Landau in der Pfalz

100 | Staelker am 22.7.14
Ba
Lu⁸ | +



SPD-Stadtratsfraktion – Dr. Maximilian Ingenthron
An 44 15 – 76829 Landau in der Pfalz

Herrn Oberbürgermeister
Hans-Dieter Schlimmer
Stadtverwaltung
Marktstraße 50
76829 Landau in der Pfalz

Landau, den 6. Juli 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stellen wir im Namen der SPD-Stadtratsfraktion folgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Sitzung des Stadtrats:

Die Stadt Landau prüft eine Beantragung von Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“.

Begründung:

Seit dem Jahr 1999 fördert der Bund die städtebauliche Aufwertung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Dabei werden bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen verknüpft.

Zum Programmjahr 2012 ist das Förderprogramm weiter entwickelt worden. Im Mittelpunkt stehen städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Damit verbunden ist das Ziel der Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Fördergebieten. Das geht einher mit einer Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung von mehr Generationengerechtigkeit sowie von familienfreundlichen, altersgerechten und die Willkommenskultur stärkende Infrastrukturen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Mittel für die Städtebauförderung für das Jahr 2014 auf rund 700 Millionen Euro anzuheben. Alleine im Bereich „Soziale Stadt“ sind die Mittel von 40 auf 150 Millionen Euro erhöht worden. Das ist ein ebenso begrüßenswerter wie notwendiger Schritt, um den dem großen Investitionsbedarf in Städten und Gemeinden nachzukommen. Davon profitieren auch die Kommunen in Rheinland-Pfalz.



Nachdem nun die aus dem Bundeshaushalt zu vergebenden Mittel deutlich aufgestockt worden sind, sollte die Stadtverwaltung prüfen, ob und inwieweit auch Landau in den Genuss von Zuschüssen kommen kann. Zuständig hierfür ist das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes.

Dass dafür auch in Landau deutlicher Bedarf besteht, ist unstrittig. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ könnten beispielsweise im Horst und in der Südstadt sowohl städtebaulich als auch sozialpolitisch wichtige Impulse gesetzt werden.

In beiden Stadtteilen existieren viele positive Ansätze, die mit dem Programm „Soziale Stadt“ eine Vertiefung erfahren würden. Mit konkreten Maßnahmen könnten vor allem junge Familien (insbesondere auch Ein-Eltern-Familien sowie bildungsferne Familien) in Erziehungs- und anderen Fragen des Alltags unterstützt werden; auch die Begegnung der Generationen könnte im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ intensiviert werden.

Durch die Gemeinwesenarbeit des Kinderschutzbundes und der Stadt im Horst wie auch durch das Ökumenische Sozialzentrum in der Südstadt sind über viele Jahre wichtige Fortschritte erzielt worden. Deren Erfahrung, Akzeptanz und Vernetzung sind elementare Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung. Im Fall einer Förderung sollten zugleich die Bewohnerinnen und Bewohner der betreffenden Gebiete sowohl in die Planung als auch in die Umsetzung einbezogen werden.

Die Stadt sollte zugleich die Möglichkeit einer personellen Verstärkung durch eine Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie prüfen.

Wir hoffen auf eine positive Resonanz durch Rat und Verwaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf